

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Burgplatz 5, 99423 Weimar

Wohnstrategen e.V.
Jakobstraße 10
99423 Weimar

Kreisverband Weimar

Jan Kreyßig
Oberbürgermeisterkandidat

Benjamin Fröhlich
Geschäftsstellenleiter

Burgplatz 5, 99423 Weimar
Tel: +49 3643 4920405
Fax: +49 3643 4920709
www.gruene-weimar.de
info@gruene-weimar.de

Weimar, den 05.04.18

Wahlprüfsteine WohnStrategen e.V.

Sehr geehrte Frau Jurrack, Frau Kästner und Herr Morgeneier,
gerne beantworte ich Ihnen ihre Wahlprüfsteine.

Frage 1: Welche Ansätze der kommunalen Boden-, Liegenschafts- und Wohnungspolitik werden Sie verfolgen und nach Wahl umsetzen?

- Bezahlbares und angemessenes Wohnen in einem guten und nachbarschaftlichen Umfeld gehört zu den Grundbedürfnissen aller Menschen. Daher werde ich aktive Boden-, Liegenschaftspolitik und deren Verknüpfung mit der Wohnungspolitik zur Chefsache meines kommunalen Handelns machen. Zur Operationalisierung sind verfügbare Finanzmittel, eine administrative Struktur, aber vor allem eine funktionierende kommunale Boden- und Liegenschaftspolitik wichtig.
- Alle Aktivitäten der Stadt müssen daher – im Sinne der Zielerreichung der Daseinsvorsorge – konkreten Einfluss auf Flächen, Liegenschaften und damit privaten und öffentlichen Grundbesitz haben. Dies gilt zuvorderst für die Stadtplanung mit kommunalen Stadtentwicklungs- und Bauleitplanungen selbst.
- Auflagen, Anforderungen und Kriterien zur Vergabe öffentlicher Grundstücke sowie zur Ausgestaltung städtebaulicher Verträge bei kooperativen Baulandmodellen müssen den gesamten Umständen nach angemessen und mit der Zielsetzung des bezahlbaren Wohnens vereinbar sein. Dazu gehört vor allem der Bau von Mehrgesosshäusern und nicht wie auf dem Bauland Lützendorfer Straße die weitgehende Bebauung mit Einfamilienhäusern.
- Bei der Vergabe von Liegenschaften darf nicht der Höchstpreis ausschlaggebend sein. Ich werde Wohnprojektinitiativen und Baugemeinschaften fördern und Instrumente wie Konzeptvergabe oder Erbpachtrecht nutzen.

- Eine weitere Priorität hat die verstärkte Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum durch die Weimarer Wohnstätte GmbH als Tochter der Stadt. Mit ihrem Bestand an mehr als 6.300 Wohnungen werde ich sie unterstützen, Mieten stabil zu halten und eine gute Durchmischung von Personen unterschiedlicher Generationen und Milieus zu erreichen.
- Es braucht eine kreativere Flächen- und Gebäudebestandsnutzung für gewerbliche Zwecke. Die Ausweisung weiterer Gewerbefläche muss sich im Wesentlichen auf bereits belastete Gebiete beschränken und kein Ackerland überbauen (z.B. Flächen der Bahn; Umnutzung Coca-Cola-Gelände zu höherwertiger gewerblicher Nutzung).
- Die Stadt muss endlich wieder beginnen, eigene Ideen für ein aktives Boden- und Liegenschaftsmanagement zu entwickeln, öffentlich zu diskutieren und dann auch umzusetzen. Dazu gehört es auch, aktiv geeignete Flächen und im Einzelfall auch Gebäude zu erwerben, um Entwicklung lenken zu können. Diese Aufgabe ist seit Jahren zum Erliegen gekommen.
- Gegenüber Investoren muss die Stadt selbstbewusster auftreten, denn Weimar ist begehrt und kein Bittsteller. Fehlentwicklungen wie etwa die Märkte an der Erfurter Straße sind schädlich und mindern Weimars Potentiale eher.

Frage 2: Inwieweit unterstützen Sie die von uns in unserem Strategiepapier vorgeschlagenen Ansätze einer nachhaltigen, sozialen kommunalen Boden-, Liegenschafts- und Wohnungspolitik für die Stadt Weimar – das sind insbesondere die Anwendung des Konzeptverfahrens, die Vergabe von Erbbaurecht, die Förderung Kooperativer Bau- und Wohnformen?

Sie haben meine volle Zustimmung. Die gegebenen rechtlichen Möglichkeiten muss eine Stadt nutzen, um zum Gemeinwohl beizutragen.

Ich war als Mitglied des Stadtrates mit meiner Fraktion federführend an einem Antrag zur Vergabe von städtischen Grundstücken beteiligt, diese NICHT mehr nach Höchstgebot, sondern nach den beabsichtigten Nutzungen zu verkaufen. Ich stehe allen nachhaltigen, sinnvollen, suffizienten und sozialen Ideen offen gegenüber – egal ob Verkauf, Erbbaurecht, Nießbrauch usw.

Für die Sicherung von geeigneten innerstädtischen Mietwohnungen sind neben einer starken kommunalen Wohnungsgesellschaft noch mehr genossenschaftliche und gemeinnützige bzw. gemeinschaftliche Wohnprojekte wünschenswert. Der Blick zu anderen Orten hinsichtlich verschiedener Praxisbeispiele der Vergabe von Grundstücken und Immobilien kann und muss gezielt verstärkt werden.

Frage 3: Wie werden Sie die Verwaltung in die Lage versetzen, die Umsetzung der notwendigen Maßnahmen abzusichern? Beabsichtigen Sie, ggf. externe Expertisen einzubeziehen?

Das Amt für Stadtentwicklung/Stadtplanung ist nicht optimal aufgestellt und man hat in der Amtszeit des OB daher viel Potential verschenkt. Das vorhandene Personal muss weitergebildet und befähigt werden. Nötig ist für die gesamte Verwaltung eine aktive Personalentwicklungsplanung.

Die Stadt als Bauherrin muss innovatives, nachhaltiges und soziales Vorbild sein. Wir sind nicht einmal im vorderen Feld der Städte, die sich auf den Weg machen, die Klimaschutzziele auch vor Ort zu erreichen und wir ignorieren die sich ändernden sozialen Bedürfnisse der Einwohner*innen noch zu häufig. Auf Verbesserungen werde ich als OB verstärkt hinwirken.

Frage 4: In welcher Form beabsichtigen Sie, die Öffentlichkeit in die unterschiedlichen Entscheidungen und Prozesse einzubinden und zu beteiligen?

Transparenz und Einbindung, gerade bei größeren Entwicklungsprojekten, sollte als Selbstverständlichkeit keiner Erwähnung mehr bedürfen. Längst etablierte Methoden, wie Runde Tische, Diskussionsforen, und direkte Bürger*innenbeteiligung werden durch mich zu Routinen im Planungsprozess werden.

Die bekannt schlechte Einbindung des Stadtrates und seiner Ausschüsse in Verwaltungsplanungen muss sich ändern. Wir brauchen die Bereitschaft, Konflikt auch als solche zu benennen. Ein großer Teil der beklagten Politikferne von Bürger*innen geht auf ein Verwaltungshandeln zurück. Konkret muss etwa die Ortsteilverfassung für das ganze Stadtgebiet ausgeweitet werden. Eine bessere und direktere Beteiligung durch Bürgerversammlungen und andere Formate ist zu etablieren.

Jan Kreyßig

Oberbürgermeisterkandidat
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Weimar